

Für einen digitalen Marshallplan

Morgen entscheiden die Ministerpräsidenten über den Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Regeln soll er, wer was im Internet darf. Dabei gerät über Kleinkrämer die große Aufgabe aus den Augen.

Von *Miriam Meckel*

Deutsche Medienpolitik hat etwas Episches. Dauer und Zahl der erzählerischen Wendungen, die jeder Rundfunkänderungsstaatsvertrag hervorbringt, sind einmalige Inszenierungen. Die radikale Veränderungskraft hingegen, die im Brechtschen epischen Theater steckt, suchen wir vergeblich. Da halten es die Bundesländer doch lieber mit Herrn K. „Was tun Sie, wenn Sie einen Menschen lieben“, wurde der gefragt. „Ich mache mir einen Entwurf von ihm und Sorge, dass er ihm ähnlich wird.“ – „Wer? Der Entwurf?“ – „Nein“, sagte Herr K., „der Mensch.“

Die Ministerpräsidenten lieben den Rundfunk, besonders den öffentlich-rechtlichen. Sie machen alle Jahre wieder einen Entwurf von ihm und sorgen, dass er ihm ähnlich wird. Über den aktuellen

Die deutsche Medienpolitik muss endlich sagen, wie sie das Zusammenspiel von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien in einem konvergierenden Markt regeln will. Davor drücken sich die Bundesländer.

Entwurf entscheiden sie morgen. Vermutlich werden sie die in zäher Aushandlung erarbeitete Vorlage abnicken. Es ist ein Vertrag, der im Scheitern der großen medienpolitischen Linie alles durch kleinteilige Regelungen zu steuern versucht. Er war medienpolitisch schon überholt, bevor seine Beratung begonnen hatte. Herauskommen wird dennoch ein Regelwerk mit Beweiskraft – dafür dass die Bundesländer längst nicht mehr Schrittmacher der Medienpolitik sind.

Zugestanden: Es war vor einigen Jahren nicht abzusehen, wie sich das Internet entwickeln würde, wie es Schritt für Schritt mit anderen medialen Plattformen konvergieren und sie zu einem großen Netzwerk verbinden würde. „Eine Schlusszuckung der analogen Welt“ hat der ARD-Vorsitzende Fritz Raff die Regelung genannt, die der Rundfunkstaatsvertrag vorsieht. Damit hat er aus heutiger Sicht recht. Doch nach zukunftsweisenden Regelungen für ein Zusammenspiel von öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Medien im Netz suchen wir auch im neuen Entwurf des Staatsvertrags vergeblich.

Dabei zeigt sich längst: Das Netz ist allgegenwärtig. Die Online-Studie von ARD und ZDF belegt für 2008 zum ersten Mal: Junge Menschen zwischen vierzehn und neunzehn verbringen mehr Zeit im Netz als mit Fernsehen oder Radio. Diese „digital natives“ werden das beibehalten. Sie werden zur ersten Generation der surfenden Omis und Opis, für die das Internet eine wichtige, wahrscheinlich die wichtigste Quelle ist.

Das macht klar, warum alle die geirrt haben, die versuchen, einen Expansions-firewall zu aktivieren, um dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Weg ins Netz zu verbauen. Es lässt sich nicht weniger drastisch formulieren: Wer nicht im Netz ist, der ist nicht mehr. Das müssen sich diejenigen klarmachen, die fordern, der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe im Internet nichts zu suchen. Beliebtestes Argument: ARD und ZDF sollten sich aufs Fernsehen beschränken und das Netz meiden. Übersetzt heißt das, man solle es sich doch auf einem untergehenden Segelschiff gemütlich machen und die vielen motorisierten Rettungsboote vorbeiziehen lassen. Wenn sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht in ein Netzmedium transformiert, stirbt er aus. So klar und einfach ist die Erkenntnis, die wir aus den vergangenen zehn Jahren des Medienwandels ziehen können.

Kinder und Kunden

Datenpannen bei Springer und Kika

Nicht nur bei der Telekom sind Daten unsicher. Frei flottierende persönliche Kontaktangaben hat es in den letzten Tagen auch beim Springer-Verlag und beim öffentlich-rechtlichen Kinderkanal gegeben. Der Springer-Verlag musste eine Geschichte des „Spiegel“ bestätigen, der zufolge es bei der Hamburger Anzeigenblatt-Tochter WBV Wochenblatt-Verlag ein Datenleck gegeben hat. Vom 1. September an waren sensibelste persönliche Daten von Anzeigenkunden über das Internet abrufbar, und zwar bis Ende der vergangenen Woche. Springer entschuldigte sich bei den Kunden und will prüfen, wie der entstandene Schaden der An-

Heißt das dann, dass ARD und ZDF im Internet unbeschränkt expandieren sollten und machen können, was sie wollen? Nein. Die deutsche Medienpolitik muss endlich beantworten, was sie für das Zusammenspiel von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanbietern in einem konvergierenden Medienmarkt eigentlich tun will.

Dabei gibt es drei grundsätzliche Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre, an denen man sich orientieren kann: Es gibt keinen singulären Rundfunkmarkt mehr. Wenn wir nach adäquaten Regulierungsmodellen fragen, dann müssen wir uns ein Gesamtbild vom Medienmarkt machen. Denn eine separate Betrachtung von Rundfunk, Print und Internet ist längst ein anachronistischer Ansatz und führt genau zu den Problemen, vor denen die Länder nun wieder stehen. Wir haben es mit einem Gesamtmedienmarkt zu tun, getragen von einem Modell außerpluraler Vielfalt. Der wird, technologisch betrachtet, in nahe Zukunft ausschließlich auf der Plattform Internet aufbauen (mit analogen Derivaten) und auch publizistisch auf allen Ebenen vernetzt sein.

Es gibt keine Gründe mehr für eine Sonderbehandlung des Rundfunks gegenüber anderen Medienformen. Mediennutzer bedienen sich spielend dieser außerpluralen Vielfalt. Sie lesen weiter Zeitung und nutzen auch Angebote der Printhäuser im Netz. Sie schauen die „Tagesschau“ im Fernsehen, aber auch im Internet und auf dem iPod sowie Videos auf Youtube. Sie chatten bei Facebook, stolpern über einen Begriff, den sie bei Wikipedia nachschauen, und lesen dazu das Online-Dossier einer Tageszeitung. Und sie werden genauso durch die Lektüre der gedruckten Zeitung oder durch ein Fernsehmagazin auf etwas aufmerksam, was sie im Netz weiterverfolgen.

Das hätte auch das Bundesverfassungsgericht in seinem letzten Rundfunkurteil berücksichtigen müssen. Das Gericht besteht dagegen auf umfänglichen gesetzlichen Vorkehrungen zum Schutz der publizistischen Vielfalt. Zur Begründung stellt es lapidar fest: Die technologischen Neuerungen der letzten Jahre und die dadurch ermöglichte Vermehrung der Übertragungskapazitäten sowie die Entwicklung der Medienmärkte haben nichts verändert. Vor zehn Jahren hätte man dieses Urteil verstehen können, heute ist es aus der Zeit gefallen.

Die deutsche Medienlandschaft braucht eine grundsätzliche Neudefinition der Markt- und Vielfaltsdimensionen. Wer sich im amerikanischen Markt umschaut, erkennt schnell, warum dort neue publizistische Formen im Netz, wie Weblogs oder die „Huffingtonpost“, erfolgreich sind: Die Zeitungslandschaft ist derart miserabel, dass eine Lücke für Neues klafft. Deutschland hat im Vergleich zu vielen anderen Ländern ein hervorragendes Printmedienangebot. Dennoch gibt es auch dafür keine Überlebensgarantie, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Seit Jahren wandern die Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft der Zeitungen ins Internet ab. Der Werbekuchen dort wächst überproportional, aber das kompensiert nicht die Verluste im analogen Geschäft. Zeitungen und Zeitschriften werden in ihrem vielfältigen Angebot jedoch nur dann überleben, wenn sie hochwertige Produkte liefern können. Die sind teuer, weil sie journalistische Kreativität und Recherche voraussetzen.

Printmedienhäuser müssen die Chance haben, ihre Angebote im Netz auf und auszubauen. Das können sie nur dann, wenn sie unter Wettbewerbsbedingungen agieren können. Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem Gebührenaufkommen von mehr als sieben Milliarden Euro im Internet alles darf, klemmt das die Entwicklungschancen für privatwirtschaftliche Medienunternehmen ab, die ihre Aktivitäten am Markt refinanzieren müssen. Das strukturelle Marktversagen, das als Argument für ein duales Rundfunksystem angeführt wurde, um die Sondersituation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu legitimieren, trifft den gesamten Medienmarkt: Wenn viele Angebotsformen im Netz gebührenfinanziert werden, können privatwirtschaftliche Unternehmen nicht mehr mitziehen. Mangelnder Wettbewerb katapultiert sie nicht nur aus dem Netz, sondern auch aus dem Markt. Denn wer nicht im Netz ist, ist über kurz oder lang nicht mehr im Markt.

Im Grunde bleibt beim jetzt vorliegenden Entwurf zum zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag alles beim Alten.

zeigenkunden „umfassend ausgeglichen werden kann“.

Auf der Internetseite des Kinderkanals waren persönliche Angaben (Geburtsdaten, Adressen, Telefonnummern) von rund zweihundert Kindern einsehbar, die sich an dem Wettbewerb „Platz für Helden“ beteiligt hatten. Ein Vater hatte den Sender darauf aufmerksam gemacht, seine elektronische Post war jedoch im Spam-Ordner gelandet. Das entsprechende Forum des Kika wurde erst geschlossen, nachdem die „Stuttgarter Zeitung“ auf das Problem aufmerksam gemacht hatte; ob das Problem seit längerem bestand und Dritte Zugriff auf die Daten nahmen, blieb bislang unklar. Man beschäftige sich noch mit der Fehleranalyse, hieß es beim Kinderkanal auf Anfrage. miha.

Neu ist nur, dass die Budgetdeckelung der Online-Aktivitäten für ARD und ZDF entfällt und nun alle Angebote einen „Drei-Stufen-Test“ bei den zuständigen Gremien durchlaufen müssen. Ein Test, der den öffentlichen und publizistischen Wert und die dafür nötigen finanziellen Aufwendungen klärt. Alle diese Vorschläge haben sehr viel mit einer föderalen Bürokratisierung der Medienpolitik zu tun, verweigern sich aber den Veränderungen des Medienmarktes.

Ein Grund dafür ist auch die enorme Lobbykraft, die ARD und ZDF entfalten. Das ZDF hat bei den Verlegerplänen zur Begrenzung der Online-Aktivitäten der Öffentlich-Rechtlichen gleich von einem „digitalen Morgenthauplan“ gesprochen. Unter der lautstarken Klage über die Vernichtung ihres Systems läuft offenbar nichts. Doch es geht nicht um einen Morgenthau-, sondern einen zukunftsorientierten digitalen Marshallplan, der die Rahmenbedingungen für den Übergang des deutschen Mediensystems in die Netzwelt setzt:

Die Kernkompetenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss neu definiert werden. Der überstrapazierte Begriff der „Grundversorgung“ trifft nicht mehr den Kern und muss auf ebendiesen Kern zurückgeführt werden. ARD und ZDF müssen Qualitätsprogramme liefern, die im freien Markt nicht refinanzierbar sind. Dazu gehören sicherlich hochwertige Nachrichten- und Kulturprogramme, Dokumentationen und Spielfilme. Die Kernkompetenz des öffentlich-rechtlichen Systems liegt unter den Bedingungen des Medienmarktes also im Angebot der meritokrischen publizistischen Güter, die der Markt selbst nicht oder nicht in ausreichender Anzahl hervorbringt.

ARD und ZDF sollten auch außerhalb dieses Grundversorgungskerns machen können, was sie für richtig halten, allerdings unter den Bedingungen von Markt und Wettbewerb. Alle Angebote, die aus dieser eng gefassten Kernkompetenz herausfallen, dürfen nicht durch Gebühren finanziert werden. Dazu können die Anstalten kommerziell aktiv werden und auch Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Medienunternehmen eingehen, wie WDR und WAZ das schon tun. Wichtige Voraussetzung: Diese Aktivitäten müssen geprüft und kontrolliert werden, etwa durch die Landesrechnungshöfe, um sicherzustellen, dass keine Gebührenfelder verwendet werden.

Und schließlich haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten die Aufgabe, das medienkulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft fortzuschreiben. In allen Bereichen der audiovisuellen Produktion werden Kosten gespart und Tätigkeitsfelder zusammengeführt. Journalisten laufen mit Mikro und Digicam durch die Welt, um alle Berichtsformen und -formate eines Ereignisses zu bedienen. Die Ästhetik von Youtube zeigt, dass die audiovisuelle Ad-hoc-Inszenierung die Bewegtbildkultur verändert. Es wäre eine

Die Öffentlich-Rechtlichen beklagen die vermeintliche Vernichtung ihres Systems. Darunter tun sie es wohl nicht.

ureigene Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Tradition hochwertiger audiovisueller Dokumentation aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, auch im Internet.

Vielleicht sollten die Ministerpräsidenten doch noch einmal überlegen, was sie hier zu entscheiden haben. Es geht nämlich nicht um einen Staatsvertrag, der den Rundfunk regelt. Es geht um die politische Gestaltung einer gesellschaftlichen Grundfunktion: Verständigung und Vergewisserung über mediale Kommunikation. Damit entscheiden sie auch über die Grundlagen und Funktionen des politischen Systems, das sie hervorbringt und legitimiert. Die meisten glauben noch immer, der Beitrag im regionalen Fernsehmagazin sichere ihnen die Wiederwahl. Ein Blick auf den amerikanischen Wahlkampf zeigt, wie schnell sich die Spielregeln ändern können. Dort setzen Websites die politische Agenda. Wenn die Ministerpräsidenten die medienpolitischen Grundlagen also schon nicht aus politischer Weitsicht neu austarieren können oder wollen, dann vielleicht wenigstens aus politischem Egoismus.

Miriam Meckel ist Professorin für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen.

Nach Afghanistan

Der neue „Polizeiruf“ aus Bayern

Die neuen „Polizeiruf“-Ermittler des Bayerischen Rundfunks reichen mit ihrer ersten Ermittlung auf gefährliches Terrain. Der erste Fall der von Stefanie Stappenbeck und Jörg Hube gespielten Kommissare hat seinen Ausgangspunkt nämlich bei deutschen Soldaten in Afghanistan. Die Aufnahmen des Films „Klick gemacht“ beginnen heute, es geht um eine Entführungsgeschichte. Gezeigt wird der Krimi im September 2009. Hube und Stappenbeck spielen die Ermittler Friedl Papen und Uli Steiger. Zuvor waren zehn Jahre lang Edgar Selge und Michaela May als Jürgen Tauber und Jo Obermaier im Einsatz für den „Polizeiruf“. FA.Z.



Mit den Waffen einer Frau gegen die Maschinenmenschen: Lena Headey spielt die resolute Sarah Connor. Ihre Serie ist in Amerika erfolgreich angelaufen.

Foto Premiere

Der Terminator ist eine Frau

Schwarzeneggers Kino-Roboter wird Fernsehserienheld

PHOENIX, im Oktober Auf dem Dach des Parkhauses der Warner-Brothers-Studios in Burbank lehnt der junge John Connor an der Ladefläche eines Pick-ups und diskutiert düsteren Blickes mit einem – „Terminator“. Aber es ist kein kantiger Typ mit rotglühenden Augen, wie ihn einst Arnold Schwarzenegger verkörperte. Der neue „Terminator“ ist ein zierliches Mädchen namens Cameron. Und wir befinden uns auch nicht bei den Dreharbeiten zu einem neuen Kinofilm, sondern einer – wenn man so will – Familienserie, die im Geiste des legendären Schwarzenegger-Terminators entsteht.

Die jugendliche Cameron spielt in der Serie „The Sarah Connor Chronicles“, einem Ableger des verschachtelten Roboter-märchens um einen jungen Mann, der von mörderischen Robotern aus einer Zukunft gejagt wird, in der er den menschlichen Widerstand gegen die Diktatur der Maschinen anführen wird. Der Name der jungen Terminatrix ist eine Hommage an den Schöpfer der ersten beiden Kino-„Terminators“, James Cameron, vielleicht nicht zuletzt, um den Erfolg eines gewagten Fernsehprojekts zu beschwören, das der Produzent James Middleton monatelang erfolglos von einem Studio zum nächsten getragen hatte. Vielleicht war es den Studiobossen zu heikel, Camerons Klassiker zu verwursten. Womöglich stand Middleton, der mit dem dritten „Terminator“ und „Basic Instinct 2“ an zwei enttäuschenden Fortsetzungen beteiligt war, seine Filmografie im Weg. Er ließ sich nicht beirren.

„Sarah Connor ist eine der größten Action-Heldinnen unserer Kultur“, sagt er, „sie ist das Herz, das Gefühl, unsere Identifikationsfigur der ‚Terminator‘-Geschichten. Sie ist verletzlich und resolut zugleich, ein überhöhter Muttertyp, die ihren Sohn ebenso entschlossen beschützt, wie sie ihn auf eine Zukunft vorbereitet, die sie ihm nicht wünscht.“ In Amerika weiß man natürlich nicht, dass man hierzu-lande bei dem Namen „Sarah Connor“ an eine ganz andere mütterliche Figur denkt – aus dem Schlagergeschäft.

Bei Warner Brothers stieß Middleton endlich auf Gegenliebe, und mit dem Autor Josh Friedman entwarf er eine temporeiche und kluge Geschichte, die von einer kämpferischen Mutter handelt, die mit ihrem pubertierenden Sohn auf der Flucht vor menschengleichen Maschinen ist und vom FBI für verrückt gehalten wird.

Rekordverdächtige achtzehn Millionen Zuschauer haben in den Vereinigten Staaten das Debüt der Serie verfolgt, die jetzt bei Premiere anläuft. Es macht die Güte der Serie aus, dass anstelle von Schaulusteffekten eine vielschichtige Handlung und her-

vorragende Darsteller im Vordergrund stehen: Lena Heady, zuletzt als Spartanerkönigin in der Comic-Adaption „300“ zu sehen, verleiht der Figur der Sarah Connor eine Mischung aus Verletzlichkeit und Kampfeswillen, und Summer Glau als Cameron formt ihre hypnotische Darstellung eines hochentwickelten Roboters, indem sie sorgfältig menschliche Alltagsgesten vermeidet – kein Lippenbefeuchten, kein Durch-die-Haare-Streichen, kein Umhertrutschen auf dem Stuhl. Die Sechszundzwanzigjährige, deren Züge an die junge Christina Ricci erinnern, gewöhnte sich sogar an, langsamer zu blinzeln.

Die „Sarah Connor Chronicles“ setzten nach dem Ende des zweiten Terminator-Films im Jahr 1998 an. Sarah lebt mit dem fünfzehnjährigen John im Untergrund, verfolgt von Terminatoren – und beschützt von Johns neuer Schulkameradin Cameron, die sich als „guter“ Terminator entpuppt. Durch einen Zeitsprung retten sie sich ins Jahr 2007.

Der Autor Josh Friedman, dessen bislang prominenteste Leistung ein verworfenes Drehbuch zu Steven Spielbergs Remake von „Krieg der Welten“ war, hat für die Serie ein eigenes erzählerisches Universum geschaffen. Während der erste Teil der Kino-Trilogie sich um eine unscheinbare junge Kellnerin namens Sarah Connor drehte, die über Nacht als künftige Heldinmutter den Kampf gegen Maschinenmenschen aufnehmen muss, und der zweite von der Beziehung des jungen John Connor und einem zum väterlichen Beschützer umgepolten Terminator handelte, gruppiert Friedman seine Figuren um einen Teenager herum, der sich von zwei resoluten Frauen – seiner Mutter und einem weiblichen Roboter – herumkommandieren lassen muss. „Ich wollte ein Äquivalent zu Schwarzeneggers Vaterfigur entwerfen“, sagt Friedman, „ein Mädchen, das einem jungen Mann hilft, sich von seiner Mutter zu emanzipieren.“

Das geht natürlich nicht ohne Schwierigkeiten ab. Auf das Kommando „Action, please“, fragt Cameron auf dem Parkhausdach neugierig: „War das Riley?“ Eben hat John, so entnehmen wir dem Drehbuch, den Anruf eines Mädchens empfangen. „Geht dich nix an!“, schnappt er zurück, und als Cameron nüchtern nachsetzt: „Deine Mutter möchte, dass ich ein Auge auf dich habe“, reißt John der Geduldssaden. Wütend stapft er davon, 3,1 Millionen Dollar geben die Produzenten für die Herstellung jeder einzelnen Episode aus. Eine Familienserie im „Terminator“-Stil darf schon etwas kosten. NINA REHFELD

Die Serie **Terminator. Sarah Connor Chronicles** läuft bei Premiere 4 und Premiere HD.

Die Legende Remarque

Porträt des Romanciers

Die sehr überschaubare Stadt Osnabrück hat nicht viele große Söhne hervorgebracht. Was ein Vorteil sein kann, weil den wenigen umso größere Aufmerksamkeit zuteil wird. Im Falle Erich Maria Remarques, der Namhafteste unter den Vorzeigbaren, war die intensive Beschäftigung mit Leben und Werk auch mehr als angebracht.

Der 1898 geborene Remarque veröffentlichte 1928 mit dem Kriegsroman „Im Westen nichts Neues“ einen Weltbestseller. Hellsichtig urteilte sein Zeitgenosse Carl Zuckmayer: „Gelebt von Millionen, wird es von Millionen gelesen werden. Jetzt und zu allen Zeiten.“ Schon vom Erscheinen des Romans an aber schossen Gerüchte ins Kraut. Nicht unschuldig daran war der Propyläen-Verlag, der „Im Westen nichts Neues“ wahrheitswidrig als biographisches, im Erinnerungsfieber binnen sechs Wochen niedergeschriebenes Werk anpries. Nachhaltiger noch wirkten die Verleumdungen der meist national gesinnten Gegner des Buches. Lange hielt sich sich die Legende, Remarque, der als Remark geboren wurde, habe seinen Namen dreht und heiße eigentlich Kramer. Die Auseinandersetzungen verschärften sich, als 1930 Lewis Milestones Verfilmung des Erfolgsromans in die deutschen Kinos gelangte. Heute ein Klassiker, war der Film damals heftigen Angriffen und auch zensorischen Eingriffen ausgesetzt. Joseph Goebbels ließ anlässlich der Berliner Erstaufführung SA-Schläger aufmarschieren. Der Filmkünstler Hans Richter war Zeuge der Vorgänge: „Bis zum Bahnhof Zoo verprügelten die ihrer Männlichkeit (und der Vielzahl) bewussten Hitler-Gläubigen alle Ungläubigen oder sonst irgendwelche, die gerade zur Verfügung standen.“ Drinnen im Saal stürten Goebbels' Gefolgsleute die Vorstellung, indem sie weiße Mäuse freisetzten. Goebbels selbst versuchte, Remarque zu vereinnahmen und zu antisemitischen Aussagen zu bewegen, was dieser verweigerte. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden seine Romane öffentlich verbrannt.

Remarques Entwicklung vom romantischen Schwärmer zum großstädtischen Lebemann, Bestsellerautor und Emigranten erzählt die Dokumentation „Remarque – Sein Weg zum Ruhm“. Den Beteiligten ist Osnabrück nicht fremd: Regisseur Hanno Brühl, Vater des Schauspielers Daniel Brühl, war häufig als Lehrbeauftragter an der Universität zu Gast, Autor Ingo Regenbogen hat dort studiert. Zu den Interviewpartnern zählt Tilman Westphalen, der die Remarque-Forschung Anfang der achtziger Jahre anstieß.

Hanno Brühl konnte teilweise auf dokumentarisches Material zurückgreifen, weil sich Osnabrück schon 1926 einen Imagefilm leistete. Den Kern des Films aber bilden Spielszenen mit den Schauspielern Max von Thun und Esther Zimmering in den Hauptrollen. Als detailgetreue Rekonstruktion darf die Collage freilich nicht verstanden werden. Hier regieren dramaturgische und filmische Notwendigkeiten über die Fakten. So bewohnen die Remarks in den Spielszenen durchweg dasselbe Haus. In Wahrheit zog die Familie aus finanziellen Gründen häufig um.

Einige Passagen stiften Verwirrung. Einmal sieht Remarque vor Erscheinen seines Buches bei der Besprechung im Verlag die Kündigung durch seinen Arbeitgeber Hugenberg voraus, verliert aber die Fassung, als dies tatsächlich eintritt. Auch textlich erscheint manches unbedacht: „Im Westen nichts Neues“, heißt es etwa, „ist auch international so erfolgreich, dass schon 1930 ein amerikanischer Film mit dem gleichen Titel in die Kinos kommt.“ Das klingt, als hätten Roman und Adaption nur den Titel gemein. Beide sind untrennbar verbunden; der Produzent des Films, Carl Laemmle jr., hatte Remarque sogar angetragen, selbst die Hauptrolle zu übernehmen.

Wie Roman und Lewis Milestones Verfilmung zueinander stehen, zeigt im Anschluss an die Dokumentation die restaurierte Fassung des mehrfach verstümmelten Meisterwerks, das 1930 zwei Oscars erhielt: für die Regie und als bester Film. HARALD KELLER

Remarque – Sein Weg zum Ruhm heute um 23 Uhr, **Im Westen nichts Neues** um 0.30 Uhr im NDR-Fernsehen.



Der romantische Schwärmer als Romancier des Krieges: Max von Thun spielt Erich Maria Remarque. Foto NDR